

Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Telegraphen-Adresse
„Tageblatt“, Riesa.

Amtsblatt

Verlagspreis
Nr. 20.

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesa.

Nr. 72.

Dienstag, 28. März 1893, Abends.

46. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in den Expeditionen in Riesa und Strehla, den Postbestellen, sowie am Schalter der kaiserl. Postanstalten 1 Mark 25 Pf., durch die Träger frei ins Haus 1 Mark 50 Pf., durch den Briefträger frei ins Haus 1 Mark 65 Pf. Anzeigen-Kannahme für die Nummer des Ausgabestages bis Vormittag 9 Uhr ohne Gewähr.

Druck und Verlag von Langer & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Kasanthenstraße 59. — Für die Redaktion verantwortlich: Herm. Schmidt in Riesa.

Bekanntmachung.

Die **Sandrenten** auf den Termin Ostern und die **Brandversicherungsbeiträge** auf den 1. Termin dieses Jahres, letztere nach 1 1/2 Pfg. pro Einheit, sind baldigst, längstens aber bis zum

8. April dieses Jahres

an die hiesige Stadtsteuerannahme abzuführen.
Riesa, am 27. März 1893.

Der Stadtrath.
I. V.: Langer.

In der früher Dübner'schen, jetzt Lehmann'schen Restauration zu Neu-Weida sollen

Donnerstag, den 30. März 1893,
Nachmittags 2 Uhr

die einem Anderen gehörigen Gegenstände, als: 1 brauner Kleiderschrank, 1 Nähmaschine, 1 Vertice, 1 braune Kommode, 2 Bilder und 3 Rohrstühle gegen sofortige Bezahlung meistbietend versteigert werden.

Riesa, 28. März 1893.

Der Ger.-Vollz. beim Kgl. Amtsgerichte das.
Edam.

Bekanntmachung.

Mit Allerhöchster Genehmigung wird zufolge einer Verfügung des Königl. Kriegsministeriums vom 14. Januar c. als Controlbezirk für die Mannschaften des Beurlaubtenstandes des amtshauptmannschaftlichen Bezirkes Großenhain unterm 1. April c. das Bezirks-Kommando Großenhain errichtet.

Es haben demnach von diesem Zeitpunkt ab alle die militärische Kontrolle betreffenden Meldungen und Besuche auch nur noch an das Bezirks-Kommando Großenhain zu gelangen. Die Geschäftszimmer des Bezirks-Kommandos befinden sich in Großenhain Schulgasse 116 und sind die Geschäftsstunden

Wochentags von früh 8 bis Mittag 12 Uhr, und Nachmittags von 1/2 3 bis 1/2 5 Uhr, Sonntags von Vormittag 1/2 11 bis Mittag 12 Uhr festgesetzt worden.

Am 2. Ostern, 2. Pfingst- und 2. Weihnachtstfesttag bleiben die Geschäftszimmer den ganzen Tag über geschlossen.
Großenhain, am 29. März 1893.

Königliches Bezirks-Kommando.
Fidel, Major i. D.

Militärvorlage und Börsensteuer.

Unter den Blättern, die gegen die Militärvorlage hetzen, steht wie immer, so schreibt die „Leipz. Ztg.“, wenn es sich um die Wehrhaftigkeit des deutschen Volkes handelt, die jüdische Börsenpresse obenan. An ihrer Spitze auch diesmal die „Frankfurter Zeitung“ des Herrn Sonnemann. Von allen Seiten her, meint sie, werde bereits „das hohe patriotische Lied in den höchsten Tönen angestimmt“; nach Ostern aber werde der „Lärm voraussichtlich ein betäubender werden“. Noch „vor Beginn des großen Spektakels“ will sie daher dessen Akteuren und ihrem Patriotismus noch einmal ins Gesicht leuchten; zu diesem Zwecke schreibt sie:

Die Befürworter der Militärvorlage oder wenigstens einer starken Vermehrung der Heereslasten rekrutieren sich zweifellos fast ausschließlich aus den mit irdischen Glücksgütern am meisten gesegneten Kreisen, die Zahl derjenigen, die außerhalb dieser stehend, in das gleiche Horn blasen, ohne dazu durch irgendwelche Rücksichten mehr oder minder gezwungen zu sein, ist verhältnißmäßig gering; die große Masse der minderbemittelten Bevölkerung steht, das darf man ruhig sagen, der Erhöhung der Militärlast durchaus ablehnend gegenüber. Das erklärt sich nicht am wenigsten aus materiellen Gründen, deren ausschlaggebendes Gewicht durch keinerlei hochtönende, aber spottbillige ideologische Phrasen herabgemindert werden kann. Die große Masse der minderbemittelten trägt bisher schon den weitaus schwersten Theil der Heereslast an Gut und Blut und soll auch die Kosten für die geplanten Vermehrungen wieder hauptsächlich auf ihre Schultern nehmen.

Es folgen die übrigen Tiraden des demagogischen Tagesbedarfs, der Hinweis auf den „Sohn des armen Mannes“, der immer noch doppelt so lange durch die Militärpflicht seinem Berufe entzogen werden wird, als der Sproßling des „Bemittelten“, der Hinweis auf das „Offizierskorps als Versorgungsanstalt des hohen und niederen Adels“ sowie der „Repräsentanten von Bildung und Besitz“, dann folgender

Schlussatz:
Nicht minder, oder vielmehr noch in stärkerem Maße, als die militärische, hat die wirtschaftliche Gesetzgebung dafür gesorgt, daß die Voraussetzungen der Bewilligungsfähigkeit für das Heer, die heutzutage als der sicherste Prüfstein des „Patriotismus“ angesehen wird, zwischen den beiden großen Schichten der Gesellschaft, den Besitzenden und den Nichtbesitzenden, außerordentlich verschieden sind. Daß die indirekten Steuern die nichtbesitzenden Klassen ungleich schwerer belasten, als die wohlhabenden, wird nachgerade von allen Urtheilsfähigen zugegeben, aus den indirekten Steuern aber wird bei uns das Heer erhalten, aus indirekten Steuern sollen auch die Kosten für die neuen Forderungen wieder bestritten werden. Da klingt es denn wie blutiger Hohn, wenn die edeln „Patrioten“, die selbst wenig oder nichts beitragen sollen, den anderen vorrechnen, daß die ganze Sache ja nicht schlimm sei und pro Kopf der Bevölkerung „nur“ einen Mehraufwand von 1,20 Mk. bedinge.

„Ist es wirklich möglich, so fragt die „R. Z.“, daß wir Deutsche uns von den Vertretern eines fremden Stammes in dieser Weise tagtäglich in unsere Angelegenheiten hinein-

reden lassen müssen?

Es ist begreiflich und verzeihlich, so schreibt das citirte Blatt weiter, wenn solche und ähnliche Fragen angesichts der wachsenden Dreifachigkeit der jüdischen jüdischen Presse von ihren antisemitischen Gegnern immer von Neuem wieder gestellt werden. Wie man aber auch zur Frage der Judenemanzipation stehen mag, das Eine wird jedenfalls erlaubt sein: daß man die Wortführer des jüdischen Großkapitals endlich ein Mal beim Wort nimmt und die Kosten der notwendigen Heeresvermehrung den „nichtbesitzenden Klassen“ von den Schultern nimmt, um sie denen aufzuerlegen, die in mühseligen Erwerb die Reichthümer der Welt mehr und mehr in ihren Händen vereinigen, den Herren der Börse. Wir haben eine Börsensteuer von 1/2 bis 1 auf's Tausend für Differenzgeschäfte vorgeschlagen. In den ausschlaggebenden Kreisen hat man über den unbedeutenden Vorschlag bisher mit dem Hinweis auf die angebliche Unmöglichkeit, das Differenzgeschäft technisch zu fassen, hinwegkommen zu können geglaubt. Gut! So verzichten wir auf die Unterscheidung zwischen Differenz- und Effectgeschäft und schlagen vor, unseren Steuerfuß auf jedes Börsengeschäft anzuwenden, gleichviel, ob Termin- oder Kassa-, ob Differenz- oder Effectgeschäft, ob Geld- oder Waarenhandel. Auf jedes Börsengeschäft, wie es auch geartet sein mag, lege man eine Umsatzsteuer von 1/2 bis 1 pro Mille. Auf die Gefahr hin, daß es den Börsengewaltigen gelänge, die neue Steuer zum größten Theil auf das „Publikum“ abzuwälzen, versuche man es; Jeder von uns, der Tausend Mark anzulegen hat, wird eine Mark davon zum Besten des Vaterlandes gern opfern. Gelänge es aber, vermittelst dieser Steuer den wirtschaftlich schädlichen Theil des Börsengeschäfts, die Jobberei, namentlich bei der Waarenterminbörse, wesentlich einzuschränken, so fielen uns damit die zweite Frucht der Reform in den Schoß, die nicht minder hochzuschätzen wäre wie die erste. Zur Deckung des Bedarfs für die Heeresreform würde dann immer noch genug übrig bleiben.

Immer und immer wieder muß daher wiederholt werden: es ist nicht wahr, daß unser Volk der Heeresreform abgeneigt ist. Nur der vorgeschlagenen Deckungsart gilt die Opposition.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich. Uebereinstimmend mit Informationen der „L. A.“ schreibt der „Hamb. Korr.“: „Die Darstellung über neue Verhandlungen in der „Allgemeinen Zeitung“, wonach die Regierung nöthigenfalls zur Reichstags-Auflösung nicht fest entschlossen sei und gleichzeitig einen ehrlichen Rückzug schone, ist unwahr und insofern in sich widerspruchsvoll, als auf die steigende Abneigung des Centrums vor den Neuwahlen verwiesen wird. Der Auflösungsgebanke wird nur dann in den Hintergrund treten, wenn sich aus den weiteren Besprechungen die Aussicht auf einem Kompromiß unter voller Bewilligung aller Kompensationen für die zweijährige Dienstzeit und ohne irgend welche, übrigens auch nicht gewünschte, Gegenleistungen auf anderen Gebieten ergeben sollte.“

In einem „Orientalische Symptome“ überschriebenen Artikel bespricht die sonst zur Gelpensternfurcht nicht neigende „Magdeb. Ztg.“ die latenten Bedenken der Weltlage

unter besonderer Berücksichtigung der in Egypten, Afghanistan, in den Balkanländern, Rußland und Frankreich auftauchenden Wetterzeichen und schließt ihre Rundschau mit folgenden Bemerkungen: „In diese Situation ist am 17. März der Beschluß der deutschen Militärkommission mit ihren verschiedenen Zukunftsmöglichkeiten gefallen. Man sollte glauben, die allgemeine europäische Lage wäre gerade ernsthaft genug, um beide in der Militärfrage streitenden Faktoren zu sorgfamer Erwägung zu veranlassen und von unüberlegten Entschlüssen zurückzuhalten. Das ist keine Lage, um einerseits an den Kosten der nationalen Wehrkraft zu mädeln und andererseits in einen inneren Konflikt zu treiben, der oben drein bei einer föderativen Verfassung noch ganz besonders gehäufte Schwierigkeiten enthält.“

Die die „Post“ von wohlunterrichteter Seite erfährt, wird demnächst mit der Begebung eines weiteren Betrages dreiprozentiger Deutscher Reichsanleihe und Preussischer Consols vorgegangen werden. Ueber die Höhe der auszubehenden Summen sind noch keine definitiven Beschlüsse gefaßt, doch dürften sie merklich weniger als bei den letzten Emissionen ausmachen. Ueber den Emissionskurs sind natürlich ebenfalls noch keine bestimmten Entschlüssen gefaßt, doch wird derselbe, dem gegenwärtigen günstigen Geldmarkte entsprechend nicht erheblich unter dem jetzigen Tageskurs betragen. Der gestrige Kurs der dreiprozentigen Anleihe stellte sich Anfangs der Börse auf 87,40 v. D.

Schon seit mehreren Monaten, so schreibt die „Neue Bad. Landesztg.“, verlautete gerücheweise, daß ein Mannheimer Schneidermeister eine lugelfeste Uniform für Kriegszwecke erfunden habe. Jeder Mann, der von diesem Neuentwurf Kenntnis erhielt, schüttelte ungläubig den Kopf. Wir hatten schon damals der Sache nachgeforscht und in Erfahrung gebracht, daß wirklich etwas Wahres daran war. Ein Mitglied unserer Redaktion stattete dem Erfinder, Herrn Schneidermeister Heinrich Dowe, welcher in der Neckarvorstadt wohnhaft ist, einen Besuch ab, bei welcher Gelegenheit wir uns überzeugten, daß eine Möglichkeit für die Verwirklichung der Idee wohl vorhanden sei. Wir zogen es jedoch vor, trotzdem damals schon einigermaßen befriedigende Schießversuche auf dem Militärschießplatze im Kaiserthaler Walde vorgenommen waren, eine abwartende Stellung zu beobachten. Mittlerweile wurden vom dem Erfinder verschiedene Verbesserungen vorgenommen und wiederholte Schießversuche bewerkstelligt. Immer und immer wieder wurde die ungläubige Erfindung öffentlich erörtert, und das Mannheimer „Tageblatt“ vertieg sich sogar soweit, den Erfinder als einen Mann zu verspotten, „in dessen Oberflächchen es nicht recht besteht sei.“ Dowe arbeitete inzwischen an seiner Erfindung ungehört weiter und es ist ihm gelungen, dieselbe dahin zu führen, daß sie ihren Zweck vollkommen erfüllen dürfte. Wir wollen für heute nur mittheilen, daß dieser Tage von Seiten der 10. Compagnie Schießversuche an dem Dowseschen lugelfesten Stoff vorgenommen wurden und dieselben endgiltig dessen Widerstandsfähigkeit auf längere und weitere Entfernungen festgestellt haben. — Wie die „Mannheimer Volksztg.“ neuerdings meldet, bot Schneidermeister Dowe seine Erfindung dem Reichsanzer Grafen Caprivi für 3 Millionen Mark an. Der Reichsanzer verlangte Bedenkzeit. Die Redaktion des „Zigars“ in Paris wand